

Naz Al-Windi, Politikwissenschaftlerin und Aktivistin

Rede auf der Kundgebung „Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel“

18. Oktober 2024

Am 15. Oktober 2023 hat die Versammlungsbehörde der Stadt Hamburg eine 15 Seiten lange Allgemeinverfügung veröffentlicht, die alle „nicht-angemeldeten und nicht-behördlich bestätigten Versammlungen“ mit positivem Palästina-Bezug verboten hat. De facto wurden alle offen pro-palästinensischen Demonstrationen in Hamburg verboten, egal ob angemeldet oder nicht. Menschen, die sich mit der palästinensischen Bevölkerung solidarisieren wollten, wurden pauschalisierend und rassistisch als Befürworter\*innen von Gewalt und Extremismus verurteilt und präventiv als emotionalisierte und unkontrollierbare Masse konstruiert. Das Argument war, dass ein Zusammenkommen dieser unkontrollierbaren und wütenden Masse eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstelle, weshalb den Hamburger\*innen Artikel 8 des Grundgesetzes, das Recht sich zu versammeln, genommen wurde.

Nachdem wir uns mit „raffinierten“ Tricks doch unser Recht auf Protest erschlichen – wir meldeten nämlich stattdessen Demonstrationen gegen das Versammlungsverbot an – durfte aber Palästina oder die Situation in Gaza nicht erwähnen oder es wurde mit Ermittlungsverfahren gedroht.

Schließlich klagten wir nach 11 Wochen Allgemeinverfügung erfolgreich gegen das Versammlungsverbot. Die Allgemeinverfügung war natürlich rechtswidrig.

Die Allgemeinverfügung aus Hamburg wurde alle 3 Tage um weitere 3 Tage verlängert, so dass eine Klage gar nicht einfach war. Von Woche zu Woche füllte sich der Text mit Begründungen, weshalb Menschen wie ich, migrantische oder muslimische Menschen nicht in der Lage seien sich friedlich zu versammeln. In seiner letzten Fassung war der Text von 15 Seiten auf 29 Seiten herangewachsen. Jedes Mal, wenn migrantische Menschen sich versammelten, wurde dies als Begründung angeführt, weshalb unser Zusammensein eine

Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstelle. In keiner der aufgeführten Demonstrationen wurden Straftaten begangen und so manifestierte sich die Kriminalisierung einer Bewegung, die jede Lücke nutzte, um gegen einen verbrecherischen Krieg zu demonstrieren.

Im November 2023 veröffentlichten die Ärzte ohne Grenzen folgende Nachricht aus dem Al-Shifa-Krankenhaus: „Wir haben keinen Strom. Im Krankenhaus gibt es kein Wasser. Es gibt kein Essen. Ohne funktionierende Beatmungsgeräte werden Menschen in ein paar Stunden sterben. Vor den Toren liegen Tote und Verletzte.“

Nach der Veröffentlichung dieses Zitates demonstrierten wir: In der Allgemeinverfügung wurde unser Protest wie folgt beschrieben: „Im Rahmen einer ersten Videoauswertung konnten auch deutschlandfeindliche Redebeiträge unter Nutzung von Opfernarrativen festgestellt werden.“ So begründete die Versammlungsbehörde, die Gefahr die von uns ausging: Im November 2023 nutzten wir Opfernarrative, während den Menschen im Al-Shifa-Krankenhaus in Gaza die Luft ausging.

Mit Blick auf alles, was nach November 2023 geschah, den 42.000 toten Menschen, dem Zerstörungswahn der israelischen Armee, der Gewalt in der Westbank, der Rechtlosigkeit, mit der Israel seit 12 Monaten internationales und humanitäres Recht bricht, und schließlich der Konsequenz, die unsere Regierung nach 12 Monaten Massenmord gezogen hat, und zwar: noch mehr Rüstungstechnologie liefern. Mit Blick auf das alles hätte ich mir gewünscht, dass unsere Proteste so gefährlich gewesen wären, wie sie in dieser Allgemeinverfügung beschrieben worden sind. Wir haben es nicht geschafft die Ordnung zu irritieren, wir haben es nicht geschafft den Kriegsapparat aufzuhalten, wir haben es nicht einmal geschafft symbolische Waffenlieferungen zu stoppen.

Versammlungsverbote in anderen deutschen Städten, Vereinsverbote, Hausdurchsuchungen, rohe Polizeigewalt, Einschüchterungsversuche palästina-solidarischer Menschen durch die Sicherheitsbehörden, der empörende Umgang mit dem Palästina Kongress – all das – der autoritäre und repressive Staat hat seine Maske zu weit abgezogen. All die Verbote, all die Einschränkungen dienen in erster Linie einer Demonstration. Unsere

Bewegungsfreiheit soll bloß nicht mit den wirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen der Regierung kollidieren.

So eine Politik erinnert mich stark an die Realitäten der Staaten, denen wir uns als „liberale Demokratien“ so überlegen fühlen. Aber die Wahrheit ist, dass wir mit internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, dem Internationalen Gerichtshof und dem Völkerrecht Institutionen geschaffen haben, die den Rest der Welt zwingen sich unseren Normen und Gesetzen unterzuordnen, aber wir halten uns nicht mal mehr an unsere eigenen Spielregeln.

Ich beende meine Rede mit einem Regelbruch. Palästinenser\*innen haben das Recht auf ein würdiges Leben, in Abwesenheit von Besatzung, Apartheid, Unterdrückung, Willkür und Ermordung.

Und sie haben das Recht sich dieses würdige Leben zu erkämpfen, mit allen erdenklichen Mitteln.

Freiheit für Palästina!